

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

G20-Gipfel

Von der Leyen lobt Initiative für globale Infrastruktur

>> 3

Waldbrände und Unwetter

EU steht Griechenland im Katastrophenschutz bei

>> 4

Inklusion

Europäischer Behinderten- ausweis kommt

>> 5

■ ERDBEBEN

EU unterstützt Marokko

Nach dem verheerenden Erdbeben der Stärke 6,8 in Marokko hat die EU erste humanitäre Mittel in Höhe von 1 Million Euro freigegeben, um den am stärksten betroffenen Menschen im Land zu helfen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen drückte den Angehörigen der Opfer ihr Beileid aus und versicherte in einer gemeinsamen Erklärung während des G20-Gipfels in Neu Delhi, die EU und ihre Partner „stehen bereit, Marokko bestmöglich zu unterstützen“. Das EU-Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen in Brüssel verfolgt die Lage in der Erdbebenregion in Zentralmarokko und steht in Kontakt mit den marokkanischen Behörden, um ihnen umfassende Unterstützung der EU anzubieten. Spanien entsandte eine Notfalleinheit mit Suchhunden und Feuerwehrleute. Die Regierung der Niederlande mobilisierte 5 Millionen Euro an Notfallhilfe.

[Erdbebenhilfe für Marokko](#)



© European Union, 2023

■ REDE ZUR LAGE DER UNION

Präsidentin entwirft Bild einer starken EU 30+

In ihrer [Rede zur Lage der Union](#) hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dazu aufgerufen, sich den Herausforderungen der Gegenwart selbstbewusst zu stellen. Sie sprach sich auch für eine zielstrebige Erweiterung der EU aus. Die Präsidentin sagte im Europäischen Parlament in Straßburg: „Wir brauchen eine Vision für eine erfolgreiche Erweiterung. Eine vollendete Union mit mehr als 500 Millionen Menschen, die in einer freien, demokratischen und blühenden Gemeinschaft leben.“

Von der Leyen schlug einen Bogen von den Anfängen der EU bis hin zu den Europawahlen im kommenden Juni: Damals wie heute gehe es um eine Vision von einer besseren Welt und einer Union, die Antworten gibt für das Streben nach einer besseren Zukunft.

Gerade mit Blick auf die Millionen Erstwähler sagte die Präsidentin: „Dies ist der Moment, um ihnen zu zeigen, dass wir einen Kontinent gestalten können, wo sie sein können, wer sie wollen, wo sie lieben können, wen sie wollen, und wo sie sich die höchsten Ziele stecken können.“ Von der Leyen skizzierte ihr Bild von Europa und erklärte: „Ein Kontinent, der mit der Natur versöhnt und bei der Entwicklung neuer Technologien führend ist. Ein Kontinent, der in Freiheit und Frieden geeint ist.“

Unter anderem plädierte von der Leyen für:

 **Ein grünes Wachstumsmodell für Europa:** Im Jahr 2019 hatte die Präsidentin den [europäischen Grünen Deal](#) vorgeschlagen. Das Ziel: Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Daraus ist längst ein grünes Wachstumsmodell geworden. Von den rund 806 Milliarden Euro des Corona-Aufbaufonds [Next-GenerationEU](#) fließen 37 Prozent in den Klimaschutz und 20 Prozent in die Digitalisierung. Die Präsidentin sagte: „Wir haben die Klima-Agenda zu einer wirtschaftlichen Agenda weiterentwickelt.“ Künftig werde es darum gehen, die europäische Wirtschaft beim Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft stärker zu unterstützen. Noch in diesem Monat startet die EU-Kommission deshalb Energie-

wende-Dialoge mit der Wirtschaft.

>>

“
Die Zeit für Europa ist gekommen, wieder im großen Maßstab zu denken und das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen!
 Ursula von der Leyen, Rede zur Lage der Union 2023
 ”

>>

Ein Windenergie-Paket soll den Ausbau der Windkraft stärken. Zuvor hatte das Europäische Parlament im Zuge des Programms *REPowerEU* eine Initiative der EU-Kommission gebilligt, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 42,5 Prozent auszubauen und die Genehmigung von Windparks zu beschleunigen. Von der Leyen betonte, die Zukunft der „Clean-Tech-Industrien muss in Europa liegen“.

▶ **Einfacheres Wirtschaften und Wettbewerbsfähigkeit:** Von der Leyen versprach eine Reihe von Erleichterungen für die europäischen Unternehmen. Neu geschaffen wird das Amt eines Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), der direkt an die Kommissionspräsidentin berichtet. Ein unabhängiger Ausschuss wird künftig jedes EU-Gesetz einem Wettbewerbs-Check unterziehen. Bereits im Oktober kommt ein Gesetzesvorstoß mit dem Ziel, die Meldepflichten für Unternehmen in Europa um ein Viertel zu verringern. Darüber hinaus kündigte die Präsidentin einen strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in Europa an. Mario Draghi, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank und Regierungschef Italiens, wird auf Ersuchen von der Leyens einen Bericht über die europäische Wett-

bewerbsfähigkeit vorlegen. Zudem kündigte die Präsidentin an, die EU werde sich gegen unfaire Praktiken wehren und staatliche Beihilfen für Elektrofahrzeuge aus China untersuchen:

▶ **Europas Modell für Künstliche Intelligenz:** Auf Initiative der EU-Kommission hat Europa bereits das weltweit erste Gesetz für *Künstliche Intelligenz (KI)* auf den Weg gebracht. Europäische Wettbewerbs- und Datenschutzbestimmungen für das Internet wie das Gesetz über Digitale Märkte (*DMA*) und das Gesetz über digitale Dienste (*DSA*) sind weltweit beispielgebend. Nach dem Vorbild des Weltklimarats schlug von der Leyen ein internationales Gremium zur Beurteilung von KI vor: „Ich glaube, wir brauchen ein ähnliches Gremium für KI über die Risiken und ihren Nutzen für die Menschheit.“

▶ **Gleichstellung:** Die Präsidentin hob Initiativen zur Gleichstellung der Geschlechter hervor, etwa die *Initiative für Geschlechterquoten* in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen in Europa und die *Richtlinie* zum gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Auch verwies sie auf den *Vorschlag* der Kommission zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Von der Leyen betonte: „Auch hier möchte ich, dass wir ein weiteres Grundprinzip in das Gesetz aufnehmen: Nein heißt Nein.“

Einen breiten Raum in der Rede zur Lage der Union nahm die Ukraine ein. Von der Leyen sicherte dem Land weiter Unterstützung zu. Allein in diesem Jahr hat die EU-Kommission bereits 12 Milliarden Euro ausgezahlt, damit die Ukraine Löhne und Gehälter für Lehrkräfte und Klinikpersonal hat. Die EU-Kommission schlägt zudem 50 Milliarden Euro an langfristiger Unterstützung zu.

Rede zur Lage der Union

REPowerEU – Beschleunigter Übergang zu nachhaltigeren und billigeren Energien Einsatz Erneuerbarer Energien im Jahr 2022



Quelle: EU-Kommission; Bilder: Shutterstock

Personalwechsel in der EU-Kommission

Maroš Šefčovic,

bislang Vizepräsident der EU-Kommission, übernimmt als Exekutiv-Vizepräsident die Zuständigkeit für den europäischen Grünen Deal. Er folgt auf den bisherigen Exekutiv-Vizepräsidenten **Frans Timmermans**. Dieser hatte sein Amt aufgegeben, um sich bei der Wahl in den Niederlanden um das Mandat des Regierungschefs zu bewerben.

Margrethe Vestager

lässt ihre Arbeit als Exekutiv-Vizepräsidentin für die EU-Kommission ruhen. Die Dänin bewirbt sich um die Nachfolge von **Werner Hoyer** an der Spitze der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die Verantwortung für die Wettbewerbspolitik übernimmt EU-Kommissar **Didier Reynders**.

Für die Nachfolge als Klimakommissar nominierte von der Leyen den bisherigen niederländischen Außenminister **Wopke Hoekstra**. Das Europäische Parlament bestätigte **Iliana Ivanova** als Forschungskommissarin. Sie folgt auf **Mariya Gabriel**, die jetzt stellvertretende Regierungschefin in Bulgarien ist.

■ G20-GIPFEL

Von der Leyen lobt Initiative für globale Infrastruktur

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Bedeutung der G20 gewürdigt. Die Präsidentin twitterte, in einer zunehmend fragmentierten Welt sei ein Forum zur Bewältigung globaler Herausforderungen von „entscheidender Bedeutung“.

Gemeinsam mit US-Präsident Joe Biden und dem indischen Premier Narendra Modi vereinbarte von der Leyen beim G20-Gipfel in Neu Delhi zwei neue Großprojekte im Rahmen der Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen (PGII). Es handelt sich um den Wirtschaftskorridor Indien-Naher Osten-Europa, ein Projekt, das unter anderem eine Wasserstoffpipeline und Bahnverbindungen zwischen den Partnerregionen vorsieht.

Zudem wird ein Transafrikanischer Korridor zwischen Angola, Sambia und der Demokratischen Republik Kongo unterstützt. Die EU engagiert sich weltweit für den Ausbau wichtiger Infrastruktur, innerhalb der PGII ist die EU mit ihrem Vorzeigeprogramm [Global Gateway](#) ein wichti-

ger Akteur. Von der Leyen betonte, der Geist dieser Partnerschaft sei ein ganz neuer Ansatz für große Investitionen: „Es geht um gemeinsamen Wohlstand. Es geht um echte Vorteile für alle Partner.“ Beim Tref-

fen in Neu Delhi wurde zudem die Afrikanische Union in die G20, die Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, aufgenommen.

[Gipfeltreffen](#)



© European Union, 2023

■ GESETZ ÜBER DIGITALE MÄRKTE

Sechs Unternehmen „zentral für fairen Wettbewerb im Internet“

Die EU-Kommission hat sechs Unternehmen eine Gatekeeper-Funktion im Internet zugewiesen: Alphabet, Amazon, Apple, ByteDance, Meta und Microsoft. Sie fallen als sogenannte Torwächter unter das Gesetz über digitale Märkte ([Digital Markets Act – DMA](#)), und das bringt neue Pflichten mit sich. Sie haben nun sechs Monate Zeit, um sich an die vollständige Liste der Gebote und Verbote zu halten. Ziel ist eine größere Auswahl und mehr Freiheit für Endnutzer und gewerbliche Nutzer dieser Dienste. EU-Justizkommissar Didier Reynders bekräftigte, das Gesetz über digitale Märkte werde „dazu beitragen,

gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle auf dem europäischen digitalen Markt konkurrierenden Unternehmen zu schaffen“. Die sechs Torwächter unterhalten insgesamt 22 Plattformen wie Google und Youtube (Alphabet), TikTok (ByteDance) oder Facebook und Instagram (Meta) und erreichen monatlich je mehr als 45 Millionen Userinnen/User in der EU. Sie müssen die EU-Kommission über jeden geplanten Zusammenschluss unterrichten.

[Digitale Märkte](#)

■ KONFERENZ DER MINISTERPRÄSIDENTEN

Sonder-MPK in Brüssel

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in Brüssel die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der 16 deutschen Bundesländer empfangen. Es war das erste Treffen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) in Brüssel seit 2018. Von der Leyen sagte: „Europa ist nur so stark wie seine Regionen.“ Deshalb freue sie sich sehr, dass die Regierungschefs der Länder „ins Herz Europas gekommen sind“. Im Rahmen der MPK gab es auch Gespräche mit Maroš Šefčovic, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal,

Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas sowie EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius. Bei dem in Deutschland diskutierten Industriestrompreis Brückenstrompreis wies Šefčovic darauf hin, dieser könne zu Marktverzerrungen führen. Die Konferenz begrüßte eine Initiative von der Leyens, das Wolfsmanagement zu überprüfen, Ausnahmeregelungen auszuschöpfen und Daten über den Bestand der Tiere zu sammeln.

[MPK in Brüssel](#)

■ COVID-19

EU-Kommission lässt angepassten Corona-Impfstoff zu

Die EU-Kommission hat dem von BioNTech-Pfizer entwickelten angepassten COVID-19-Impfstoff Comirnaty XBB.1.5 die Zulassung erteilt. Das Vakzin kann Erwachsenen, Kindern und Säuglingen über sechs Monate verabreicht werden. EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides begrüßte „diese sehr zeitnahe Zulassung des angepassten COVID-Impfstoffs, der auf neu auftretende und sich verbreitende Varianten abzielt“. Die Kommissarin warnte: „COVID-19 wird in der kommenden Herbst- und Wintersaison parallel zur saisonalen

Grippe zirkulieren, und wir müssen vorbereitet sein.“ Die EU-Kommission hatte die Zulassung für den angepassten Impfstoff in einem beschleunigten Verfahren erteilt, damit sich die Mitgliedstaaten rechtzeitig auf ihre Impfkampagnen für Herbst und Winter vorbereiten können. Die Zulassung des angepassten Impfstoffs erfolgte nach einer strengen [Beurteilung](#) durch die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA.

[Impfstoff](#)

EU steht Griechenland im Kampf gegen Waldbrände und Überschwemmungen bei

EU-Kommission und Mitgliedstaaten haben Griechenland im Kampf gegen die heftigen Waldbrände und Überflutungen in den Sommermonaten unterstützt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte nach einem Treffen mit dem griechischen Regierungschef Kyriakos Mitsotakis: „Meine wichtigste Botschaft ist, dass die Kommission Ideen entwickeln und schnell und flexibel sein wird: Wir werden alle EU-Mittel mobilisieren, die eingesetzt werden können.“



Überschwemmter Strand auf der Insel Kreta.

© Shutterstock

So könnte Griechenland noch nicht abgerufene EU-Mittel für den Wiederaufbau einsetzen und dadurch bis zu 2,25 Milliarden Euro an EU-Mitteln mobilisieren.

REKORDHITZE IM SOMMER

Messungen des *Copernicus-Systems* der EU hatten den heißesten Sommer seit Aufzeichnung der Daten ermittelt. Demnach lag die durchschnittliche globale Lufttemperatur der Monate Juni, Juli und August mit 16,77 Grad Celsius um 0,66 Grad Celsius über dem Durchschnitt. Der bisherige Rekord lag im Jahr 2019 bei 16,48 Grad Celsius. Warme Luft kann auch mehr Feuchtigkeit aufnehmen. So wurde das östliche Mittelmeer Anfang September von Starkregen und schweren Überflutungen getroffen. Zuvor hatte die EU Slowenien nach Überschwemmungen 400 Millionen Euro an Soforthilfe zugesagt und bis zu 5 Milliarden Euro an langfristigen Mitteln für den Wiederaufbau.

Zuvor hatte Griechenland nach einer Hitzewelle im Sommer die größten Waldbrände seit Aufbau des europäischen Waldbrandinformationssystems (*EFFIS*) im Jahr 2000 erlebt. Allein die Feuer in der nordgriechischen Region Alexandroupolis vernichteten eine Fläche von fast 100.000 Hektar. Mindestens zwanzig Menschen starben. Von der Leyen hatte im vergangenen Jahr in ihrer *Rede zur Lage der Union* eine Verdoppelung der Kapazitäten zur Waldbrandbekämpfung auf 24 Löschflugzeuge und vier Helikopter angekündigt. Die Präsidentin betonte: „Da die Katastrophen immer häufiger und immer intensiver über uns hereinbrechen, braucht Europa mehr Kapazitäten.“

Bei den Feuern im Norden Griechenlands und rund um Athen hatten die Mitgliedstaaten neben gemeinsamen Bodenkraften einen Helikopter und elf Löschflugzeuge mobilisiert, darunter zwei Flugzeuge

aus Niedersachsen. Damit war die Waldbrandbekämpfung in Griechenland der größte Löscheinsatz aus der Luft seit Aufbau des EU-Katastrophenschutzverfahrens. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz, rief in einer Rede im Europäischen Parlament zur Stärkung der Klimaresilienz auf. Er sagte: „Es ist unsere Verantwortung, gemeinsam und schnell zu handeln.“

UNTERSTÜTZER-TEAMS AUS DEUTSCHLAND DABEI

Das *Katastrophenschutzverfahren* der EU wurde 2001 geschaffen und 2019 durch die *Notfallreserve rescEU* ergänzt, ein gemeinsamer Bestand an Medikamenten, Hilfsgütern, Einsatzteams und Bergungsgerät. So sind durch EU-Unterstützung auf dem Flughafen Braunschweig-Wolfsburg seit Juni dieses Jahres zwei Löschflugzeuge vom Typ Air Tractor AT 802/A stationiert. Die Maschinen können bis zu 3.100 Liter Wasser aufnehmen und waren zuletzt elf Tage lang in Griechenland im Einsatz. Dabei absolvierte das Team aus Niedersachsen 47 Flugstunden und flog insgesamt 71 Löscheinsätze: zunächst nördlich von Athen, später im Norden Griechenlands rund um Alexandroupolis. Martin Voß, Dezernatsleiter „Katastrophenschutz“ beim Niedersächsischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz und Einsatzleiter der A-FFF-LP-Einheit (Aerial Forest Fire Fighting with Light Planes) während des Einsatzes in Griechenland: „Unsere Einheit ist bereit, jederzeit wieder in den Einsatz zu gehen – egal wohin.“

Europaweit gingen in diesem Jahr bis Anfang September nach Angaben des europäischen Waldbrandinformationssystems EFFIS rund 413.984 Hektar Forst in Flammen auf. Das sind rund 43 Prozent mehr als der Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2022. So musste Griechenland das EU-Katastrophenschutzverfahren in diesem Sommer zweimal auslösen. Dabei wurden insgesamt rund 917 Einsatzkräfte aus anderen Mitgliedstaaten für Löscharbeiten vor Ort mobilisiert, auch Feuerwehrleute aus Bayern. (pr)

[Waldbrände](#)

Hochwasserkatastrophe Hilfe für Libyen

EU-Kommission und Mitgliedstaaten unterstützen Libyen nach den schweren Überschwemmungen durch Sturm tief „Daniel“. Über den EU-Katastrophenschutzmechanismus lieferten mehrere Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Hilfsmaterial wie Lebensmittel, Zelte, Feldbetten, Decken und 80 Stromgeneratoren. Die EU stellte zudem 500.000 Euro an erster Soforthilfe bereit. Janez Lenarčič, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz dankte den Mitgliedstaaten im Kurznachrichtendienst X, vormals Twitter, für die schnelle Hilfe.

■ BINNENMARKT

EU-Kommission setzt auf digitale Vorteile beim Transfer von Daten der Sozialversicherung

Um das Reisen, Studieren und Arbeiten in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern, hat die EU-Kommission eine Initiative zur Koordination und Digitalisierung der Sozialversicherung vorgelegt. Das vereinfacht im Urlaub im europäischen Ausland Arztbesuche, aber auch den Transfer von Sozialversicherungsdaten, etwa bei der Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat.

Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, sagte, die Initiative ermögliche „auch im Ausland einen raschen Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherheit wie Renten oder Gesundheitsversorgung“.

Derzeit arbeiten rund 16 Millionen Menschen in einem anderen europäischen Land als ihrem Geburtsland, sechs Millionen Rentnerinnen und Rentner leben im europäischen Ausland. Allein in Deutschland gab es 2021 mehr als 875.000 entsandte Beschäftigte und es wurden über 1,3 Millionen Renten ins EU-Ausland überwiesen. Eine elektronische Datenermittlung soll ihren Alltag vereinfachen.

ELEKTRONISCHE BRIEFTASCHE

Bereits vor zwei Jahren trieb die EU-Kommission Pläne für eine digitale Brieftasche für die europäische Identität (EUDI) voran. Personalausweis oder Führerschein sind dann einfach auf dem Smartphone verfügbar. Lästiger Papierkram entfällt, etwa im Studium für die Anmeldung beim Einwohnermeldeamt im EU-Ausland. Digitalisierung und eine engere Koordinierung sollen auch grenzüberschreitende Abläufe in der Sozialversicherung erleichtern.

So strebt die Kommission unter anderem an:

▶ **Europäischer Versicherungsausweis:** Bereits 2021 kündigte die EU-Kommission eine Initiative für einen einfacheren Zugang zum Gesundheitssystem in einem anderen EU-Land an. Derzeit testen mehrere Mitgliedstaaten den Europäischen Sozialversicherungsausweis: ESPASS. Bis Ende des Jahres soll eine digitale Europäische Krankenversicherungskarte kommen. Im Fall einer Behandlung im EU-Ausland kann die Gültigkeit der Versichertenkarte etwa direkt in einer Klinik elektronisch geprüft werden. Die Gesundheitsverwaltungen der Mitgliedstaaten regeln dann untereinander die Kostenerstattung.

▶ **Digitale Transfer:** Ziel ist, bis Ende 2024 ein System für einen elektronischen Austausch von Informationen der sozialen Sicherheit aufzubauen: EESSI. Daten, etwa über Rentenzeiten, können dann einfach digital unter den Behörden der EU-Staaten ausgetauscht werden.

▶ **Kosten senken:** Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, betonte, die neue Initiative nütze Menschen und Unternehmen in ganz Europa. Sie erleichtert den Transfer



Bis Jahresende soll die digitale Krankenversicherungskarte kommen.

© nitpicker / Shutterstock

von Sozialversicherungsdaten zwischen Behörden der Mitgliedstaaten. Auch Unternehmen profitieren vom Wegfall unnötiger Bürokratie.

EUROPÄISCHER BEHINDERTENAUSWEIS KOMMT

Zudem präsentierte die Kommission Pläne für einen einheitlichen Europäischen Behindertenausweis. Der Ausweis wird die gleichen Sonderkonditionen für Menschen mit Behinderung innerhalb der EU sichern, etwa bei der Nutzung von Bus und Bahn. Zudem ist ein einheitliches Format für den Europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderung geplant, um europaweit gleiche Standards und Rechte zu garantieren. Helena Dalli, für Gleichheitspolitik zuständige EU-Kommissarin, bekräftigte: „Wir werden die Inklusion und die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unseren Gesellschaften erleichtern.“

In der EU leben mehr als 80 Millionen Menschen mit Behinderung. Im März 2021 hatte die EU-Kommission eine Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderung vorgelegt. Dazu gehört auch die Initiative für einen europaweit gültigen

Behindertenausweis. Die Strategie baut auf den Ergebnissen der vorangegangenen Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 auf, die den Weg für ein barrierefreies Europa ebnete und es Menschen mit Behinderungen ermöglichte, ihre Rechte wahrzunehmen und uneingeschränkt am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. (pr)

Sozialversicherung

“
Die Rechte von Menschen mit Behinderungen dürfen nicht an nationalen Grenzen haltmachen.
”

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission

Wie Standorte in Deutschland von der Chip-Initiative der EU-Kommission profitieren

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer beschreibt den Aufstieg des Halbleiterstandorts Dresden gern mal so: „Chip, Chip, Hurra!“ Zuletzt konnte der Regierungschef des Freistaats erneut eine Entscheidung für den Standort feiern. Der Chip-Hersteller TSMC aus Taiwan gab bekannt, gemeinsam mit den Unternehmen Bosch, Infineon und NXP ein neues Halbleiterwerk in der sächsischen Landeshauptstadt zu errichten.



“
Das europäische Chip-Gesetz ist ein großer und wichtiger Schritt.
 ”
 Sandra Yvonne Stieger, Wirtschaftsdezernentin der Stadt Magdeburg

Der US-Chiphersteller Intel will in Magdeburg eine Halbleiterfabrik bauen und damit rund 10.000 Arbeitsplätze in der Hightech-Branche und bei Zulieferern schaffen.

© Intel

Zustimmung kam auch aus Brüssel. Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt, sprach von einem europäischen Chip-Gesetz in Aktion.

Die EU will ihre Abhängigkeit bei Halbleitern verringern. Daher liegt ein Schwerpunkt des Europäischen Chip-Gesetzes auf der Steigerung der heimischen Produktion. Dresden und andere Standorte in Deutschland profitieren von der europäischen Initiative. Im Februar vergangenen Jahres hatte die EU-Kommission den Entwurf für das Europäische Chip-Gesetz vorgelegt. Das Ziel: Bis 2030 den europäischen Anteil an der weltweiten Chip-Fertigung von derzeit 10 auf 20 Prozent zu verdoppeln. Dazu mobilisiert die EU-Kommission rund 43 Milliarden Euro. Breton bekräftigte bei der Verabschiedung des Gesetzes vor der Sommerpause im Europäischen Parlament, Halbleiter stellen das Herzstück der europäischen Wirtschaft dar und seien für eine vernetzte und kohlenstofffreie Gesellschaft unerlässlich.

In Deutschland sind seit Bekanntgabe der Initiative der EU-Kommission zahlreiche Bauvorhaben für Halbleiterwerke angelaufen. Drei Beispiele:

▶ In **Dresden** baut nicht allein TSMC ein neues Werk. Auch der deutsche Hersteller Infineon errichtet in der Stadt eine neue Smart Power Fab zur Halbleiter-Fertigung. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte die strategische Bedeutung des Projekts und würdigte bei der Grundsteinlegung des neuen Infineon-Werks die kluge Ansiedlungspolitik, die hinter dem Begriff „Silicon Saxony“ steckt: „Die gute Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in und um Dresden, Leipzig und Chemnitz.“

▶ In **Magdeburg** investiert das US-Unternehmen Intel rund 33 Milliarden Euro für den Aufbau einer neuen Chip-Fabrik. Zusätzliche Investitionen kündigte das Unternehmen in Irland und Italien an. Kommissar Breton sagte, das Chip-Gesetz sei ein Beitrag zur Reindustrialisierung Europas. Sandra Yvonne, Magdeburgs Wirtschaftsdezernentin, bekennt: „Der Chips-Act ist ein großer und wichtiger Schritt.“ Und sie ergänzt: „Wir müssen uns nichts vormachen: Produktion in Europa ist teuer. Wer Produktion in Europa etablieren will, muss Anreize schaffen.“

▶ Im saarländischen **Ensdorf** errichtet der Autozulieferer ZF aus Friedrichshafen gemeinsam mit dem US-Unternehmen Wolfspeed eine Fabrik zur Herstellung von Halbleitern aus Silicium-Carbid (SiC). Die Bauteile werden vor allem in Elektroautos eingesetzt. Das neue Werk entsteht auf dem Gelände eines stillgelegten Kohlekraftwerks, insgesamt werden rund 600 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die EU-Kommission stufte das Projekt als wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse ein – Important Project of Common European Interest, kurz IPCEI – und erleichterte damit staatliche Förderungen.

Die EU-Kommission hatte im vergangenen Jahr eine Studie zum Halbleiter-Bedarf in Europa vorgelegt. Demnach wird sich die Nachfrage nach Chip-Bauteilen zwischen 2022 und 2030 verdoppeln. Von der Leyen betonte die grundsätzliche Bedeutung der Investitionsoffensive und bekräftigte: „Wir erleben ja alle, wie rasant die geopolitischen Risiken zugenommen haben. Deswegen müssen wir in Europa die Lieferketten unserer wichtigsten Güter und Technologien stärken.“ (pr)

Chip-Fertigung

Europa in Zahlen

6,5

Milliarden Euro an staatlichen Kompensationen für energieintensive Unternehmen in Deutschland hat die EU-Kommission gebilligt. Damit wird ein finanzieller Ausgleich für die Kohlendioxid-Bepreisung der Industrie genehmigt, den die Bundesregierung 2021 eingeführt hatte. Mit der Entlastung sollen vor allem Unternehmen in den energieintensiven Branchen Chemie, Stahlherstellung und Zementproduktion vor zusätzlichen Belastungen geschützt werden. Margrethe Vestager, ehemalige Exekutiv-Vizepräsidentin und Verantwortliche für Wettbewerbspolitik, betonte: „Gleichzeitig setzt die Regelung Anreize für eine kosteneffiziente Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft im Einklang mit den Zielen des Grünen Deals. Und sie stellt sicher, dass etwaige Verfälschungen des Wettbewerbs auf ein Minimum beschränkt sind.“ Die Regelung gilt für zusätzliche CO₂-Kosten, die von 2021 bis 2030 anfallen.

Beihilfen für energieintensive Unternehmen in Deutschland

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 19.09.2023 17.30–19.00 Uhr	„Europe in the Neighbourhood - Let's talk beyond borders“ Bürgerdialog Veranstalter: Europa-Union Deutschland e.V.	Online	www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/
> 19.09.2023 19.00–20.30 Uhr	„Die Europäische Union in der Welt“ Vortrag Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen und Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/europa-am-dienstag/die-europaeische-union-in-der-welt
> 20.09.2023 18.00–20.00 Uhr	„Green Deal und Horizon Europe – Wie steht es um Wissenschaft und Forschung in der EU?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EIZ Rostock	Haus Europa Mühlenstraße 9 18055 Rostock	www.eiz-rostock.de/
> 21.09.2023 09.00 Uhr	„Europäisch Lernen! So stärken wir Gerechtigkeit und Freiheit in der EU“ Fachtag „Rechtsstaatlichkeit in Europa“ Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Haus der Bürgerschaft Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunktbremer.de/events/europaeisch-lernen-so-staerken-wir-gerechtigkeit-und-freiheit-in-der-eu/
> 21.09.2023 18.00–21.00 Uhr	„Für eine Europäische Union mit umfassendem Gewaltschutz für Frauen“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://germany.representation.ec.europa.eu/events/fur-eine-europaeische-union-mit-umfassendem-gewaltschutz-fur-frauen-2023-09-21_de
> 25.09.2023 17.30 Uhr	„Los geht's: Europa-Werkstätten für Berlin“ Aufaktveranstaltung Umsetzung der Berliner Initiativen zur Zukunft Europas Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Rotes Rathaus Rathausstraße 15 10178 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/25-09-2023/los-gehts-europa-werkstaetten-fuer-berlin
> 26.09.2022 19.00–21.00 Uhr	„Bei uns sagt man.....“ Eine improvisierte Comedy-Show durch die europäischen Sprachen und Kulturen“ Interaktives Theater Veranstalter: Berliner Senatskanzlei, Europäische Kommission	Berliner Kriminaltheater Palisadenstraße 48 10243 Berlin	https://germany.representation.ec.europa.eu/events/bei-uns-sagt-man-eine-improvisierte-comedy-show-durch-die-europaeischen-sprachen-und-kulturen-2023-09-26_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ „DIE EU – DAS BIST DU!“

Kommissionsvertretung auf Familienevents

Im Rahmen einer Kooperationsreihe zwischen der Europäischen Kommission und Radio TEDDY präsentiert sich die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland noch bis Ende September auf Kinder- und Familienevents mit Infoständen und bunten Aktionen für Kinder und Jugendliche. Unter dem Motto „Die EU – das bist du“ können die jungen Besucherinnen und Besucher spielerisch etwas über die Europäische Union lernen. Es gibt ein EU-Glücksrad und ein Europaquiz für die Kinder und Eltern, es winken tolle Preise. Außerdem können sie ihrer Kreativität freien Lauf lassen und EU-Taschen bunt gestalten oder sich temporäre Tattoos machen lassen.



© European Union, 2023

Die nächsten Termine der „Radio TEDDY-Tour“ sind: das KIDZ Riesenkinderfest im Zoo Leipzig am Samstag, den 16. September, die Weltkindertagsfeste in Hamburg und Köln am Sonntag, den 17. September, sowie das JuKi – Kinder- & Jugendfestival in München am Sonntag, den 24. September.

[Die EU – das bist du!](#)

■ EUROPA INSPIRIERT

Sportorganisationen im Ausland erleben

Über das neue Förderprogramm „Erasmus+ Sport“ können sich haupt- und ehrenamtlich Engagierte im Breitensport europaweit vernetzen, austauschen und weiterbilden. So fördert Erasmus+ Sport seit 2023 Auslandsaufenthalte zwischen zwei und 60 Tagen für Menschen, die sich im und für den Breitensport engagieren. Dazu zählen auch Angebote zur Bewegungsförderung in der Jugend- oder Stadtteilarbeit sowie im Gesundheits- oder Rehasport.

Anträge können jeweils im Februar und Oktober eines Jahres bei der Nationalen Agentur JUGEND für Europa in Bonn gestellt werden. Die Projekte starten dann drei bis vier Monate später und laufen zwischen drei und 18 Monaten. Erasmus+ Sport bezuschusst das Projektmanagement sowie Reise, Unterkunft und Verpflegung der Teilnehmenden. Die aktuelle Antragsfrist läuft noch bis zum 4. Oktober 2023, 12 Uhr.

[Erasmus+ Sport](#)

■ LUX-PUBLIKUMSFILMPREIS 2024

„Das Lehrerzimmer“ aus Deutschland nominiert

Für den LUX-Publikumsfilmpreis 2024 wurden im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele von Venedig fünf Finalistenfilme bekanntgegeben, dazu gehört auch „Das Lehrerzimmer“ aus Deutschland. Ebenfalls nominiert wurden „20.000 Arten von Bienen“ (Spanien), „Fallende Blätter“ (Finnland), „Auf der Adamant“ (Frankreich) sowie „Smoke Sauna Sisterhood“ (Estland). Auf der Plattform des LUX-Publikumspreises kann man jetzt die Filme anschauen und über seinen Favoriten abstimmen. Im vergangenen Jahr trugen 45.000 Bewertungen von Menschen aus der gesamten EU und die Stimmen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zur Wahl des Gewinners bei. Damit gehört der LUX zu den Filmpreisen, deren Verleihung am meisten von der Meinung des Publikums abhängt.

Die fünf nominierten Filme werden mit Untertiteln in den 24 EU-Amtssprachen in Kinos in ganz Europa gezeigt. Der Gewinnerfilm wird im März 2024 im Rahmen einer Zeremonie im Europäischen Parlament bekannt gegeben.

[LUX Publikumspreis](#)

■ EUROPA NOSTRA AWARD

Wertschätzung für europäisches Kulturerbe

Mit den „Europa Nostra Awards“ werden alljährlich bis zu 30 herausragende Projekte zur Erhaltung und Aufwertung des kulturellen Erbes in Europa ausgezeichnet. Davon erhalten bis zu fünf Preisträger einen Grand Prix, der mit 10.000 Euro dotiert ist. Ein Gewinner erhält außerdem den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis, den Europa Nostra in einer Online-Abstimmung vergibt. Europa Nostra ist die europäische Stimme der Zivilgesellschaft, die sich für das kulturelle Erbe einsetzt.

Die „Europa Nostra Awards“ werden in fünf Kategorien vergeben, darunter Denkmalschutz, Bürgerengagement und herausragende Leistungen von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Die eingereichten Projekte müssen zwischen 2020 und 2023 fertiggestellt worden und für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Bewerbungen können bis zum 13. Oktober eingereicht werden.

[Europa Nostra Awards 2024](#)



© European Parliament